

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der Senioren-Union in der CSU,

leider haben wir in der Senioren-Union (SEN) schon wieder einen großen Verlust zu beklagen. Kurz nach dem Tod unseres Ehrenvorsitzenden Prof. Dr. Konrad Weckerle ist nun Alois Glück zu unserem Herrgott heimgegangen. Dadurch verliert nicht nur die SEN ein langjähriges Mitglied und die CSU eine ihrer bedeutendsten Persönlichkeiten. Bayern muss um einen Politiker trauern, der über den Tellerrand hinausgeschaut und wichtige Zukunftsperspektiven entwickelt hat. Zudem stand er unbeirrt für unsere christlich-sozialen Werte. Das galt auch für die frühere Landtagsabgeordnete Christa Matschl, deren Ableben wir ebenfalls beklagen müssen. Wir fühlen mit den Angehörigen und wünschen ihnen für die kommende Zeit viel Kraft.

Politisch gibt die Ampelregierung in Berlin schon wieder oder immer noch Anlass, deren Verantwortungsbewusstsein für das deutsche Volk massiv in Zweifel zu ziehen. Der Genuss von Cannabis führt bewiesenermaßen zu akuten Gesundheitsgefährdungen wie auch zu langfristigen Schäden. Trotzdem hat sich die Mehrheit im Deutschen Bundestag für eine Teillegalisierung von Cannabis ausgesprochen.



Unverständnis verursacht die Entscheidung des Bayerischen Staatsministers für Digitales (FW), Faxe aus der öffentlichen Verwaltung verbannen zu wollen. In § 5 der Allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern (AGO) besagt § 5 Bürgernähe in Absatz 1: „Die Behörden sollen für die Bürger persönlich, telefonisch, schriftlich, per Telefax und elektronisch erreichbar sein.“ Zudem bieten technischen Lösungen die Möglichkeit, Faxsendungen automatisiert in eine E-Mail umzuwandeln und umgekehrt.

Hierüber und zu anderen Themen haben wir uns im SEN-Landesvorstand am 20. Februar mit dem Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag Klaus Holetschek MdL ausgetauscht. In einer Botschaft waren wir uns besonders einig: Bei der bevorstehenden Europawahl müssen wir mit Herzblut für die CSU und ihren Spitzenkandidaten Manfred Weber kämpfen, denn es geht „um’s Eingemachte“: Freiheit, Frieden und Demokratie für Europa!

Herzlichst
Ihr



Franz Meyer
SEN-Landesvorsitzender

Presseinformation

26.02.2024

Senioren-Union der CSU trauert um ihr langjähriges verdientes Mitglied

„Alois Glück war ein Glücksfall für die bayerische Politik“

Mit tiefer Bestürzung und Trauer reiht sich die Senioren-Union (SEN) in das Gedenken um den verstorbenen CSU-Politiker Alois Glück ein, der seit 2008 auch Mitglied der Senioren-Union war. „Kaum eine Persönlichkeit hat die Politik in Bayern und in Deutschland so geprägt wie Alois Glück, den ich schon in seiner Zeit bei der Landjugend kennenlernte“, würdigt der Vorsitzende der Senioren-Union der CSU, Franz Meyer, den Verstorbenen. „Das Wirken von Alois Glück war durch zwei Eigenschaften geprägt: Er schaute mit mutigen Aussagen weit über die Tagespolitik hinaus und er konnte – in seiner vermittelnden Art – unterschiedliche Positionen zu einer gemeinsamen Politik zusammenführen.“

Alois Glück gehörte dem Bayerischen Landtag 38 Jahre lang an. Als Fraktionsvorsitzender stand er ab 1988 insgesamt 15 Jahre lang an der Spitze der Landtags-CSU. 2003 wurde er zum Präsidenten des Bayerischen Landtages gewählt. Für die Landtagswahl 2008 stand er nicht mehr zur Verfügung.

Während und nach seiner aktiven Zeit in der Landespolitik war für Glück der Einsatz für die Menschen an vielen Stellen handlungsbestimmend. Ab 1983 war Alois Glück zudem im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) aktiv, von 2009 bis 2015 war er dessen Präsident. Der Senioren-Union gehörte Alois Glück seit dem Februar 2008 an.

„Alois Glück setzte früh auf einen Ausgleich von Mensch und Natur, auf das Bewahren der Schöpfung und in seinen Handlungen kamen die christlichen Grundwerte unübersehbar zum Tragen. Er war ein Glücksfall für die Politik und wir werden ihn nicht ersetzen können“, fasst SEN-Vorsitzender Meyer zusammen.

Ende

SEN-Landesvorstand tauscht sich mit CSU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Holetschek aus Gemeinsam für Europa kämpfen

Einen intensiven Gedankenaustausch führt der Landesvorstand der Senioren-Union bei seiner Februar-Sitzung mit dem Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Klaus Holetschek, MdL. Einig war sich das Gremium mit Holetschek, dass die Ampel-Regierung in Berlin in wichtigen Themen versagt, während sie – siehe Cannabis-Legalisierung – ideologiegetriebene Projekte vorantreibt. Bayern müsse gegenhalten gegen eine Ampel-Regierung in Berlin, die einseitig die Gesellschaft verändern will und gleichzeitig durch ihr Nicht-Handeln für wachsende Demokratiemüdigkeit Sorge, fasste Holetschek vor dem SEN-Landesvorstand die aktuelle Lage zusammen.

Übereinstimmung zwischen der Senioren-Union und dem Fraktionsvorsitzende gab es auch bei Betonung der großen Bedeutung der kommenden Europawahl. Hier werde die CSU deutlich machen, dass sie als einzige Partei Bayern pur vertritt. Die Senioren-Union wird besonders die ältere Generation mit Argumenten für einen Gang zur Wahl und für die Stimmen zugunsten der CSU ansprechen.



In einer offenen Diskussion wurden weitere Themen erörtert, die aktuell vorrangig diskutiert werden, so die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik nach den Vorstellungen der CSU-Landtagsfraktion, die notwendige Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Verhinderung der Diskriminierung der älteren Generation, beispielsweise im Bereich Digitalisierung.

Presseinformation

23.02.2024

Senioren-Union sieht keine Notwendigkeit für Abschaffung der Behörden-Faxgeräte

Bewährter Weg in der Kommunikation mit Behörden muss beibehalten werden

Die Senioren-Union der CSU hält die Nutzung von Telefax im Austausch mit den Behörden in Bayern für unverzichtbar. „Für viele ältere Menschen ist es ein vertrauter und oft geübter Weg, Unterlagen per Telefax an ein Amt zu übermitteln. Diese Kommunikationsmöglichkeit darf nicht gefährdet werden“, betont Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU (SEN). „Auch wenn der Großteil der Behördenkommunikation heute elektronisch erfolgt, so ist das Senden von einem Fax für viele Menschen, gerade in der älteren Generation, ein bewährter und sicherer Weg. Schaufenster-Vorschläge zur Abschaffung des Faxzugangs zu Behörden schaffen bei geringem Einsparungseffekt große Verunsicherung.“

„Nicht die Optimierung von Verwaltungsabläufen, sondern die Dienstleistung für die Bürger muss im Vordergrund des Behördenhandelns stehen. Den Faxempfang wegen marginaler technischer Optimierungsmöglichkeiten abzuschaffen, wäre ein Akt mangelnder Bürgerorientierung“, fasst Peter Kellner, im Landesvorstand der Senioren-Union für die Themen Kommunikation und Digitalisierung verantwortlich, zusammen. „Heute sichert die Geschäftsordnung der Behörden die Erreichbarkeit per Fax zu. Speziell im Bereich der Justiz gibt es zudem Regelungen, die die Zusendung von Unterlagen an Gerichte per Fax zwingend vorgeben. Deshalb fordert die Senioren-Union der CSU die Kommunikation mit bayerischen Behörden per Fax weiterhin uneingeschränkt zu ermöglichen.“

Ende

Presseinformation

21.02.2024

Senioren-Union lehnt weiter Ampelgesetz zur Cannabisfreigabe entschieden ab

Namentliche Abstimmung im Bundestag soll Verantwortung für die Volksgesundheit zeigen

Die Senioren-Union der CSU sieht in der vorgesehenen Freigabe von Cannabis weiterhin einen unverantwortlichen Schritt der Ampelkoalition in Berlin. „Trotz der breiten Front der Bedenken gegen eine Cannabis-Legalisierung hält die Ampel an ihrem Vorhaben fest. Es ist aus der Sicht der Senioren-Union ein verheerender Schritt, den Einstieg in den Drogenkonsum zu erleichtern“, unterstreicht Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU (SEN). „Es gibt viele Probleme, die die Ampel-Koalition liegen lässt, um ideologiegetrieben gerade der Gesundheit der Jugend zu schaden.“

Am Freitag soll im Deutschen Bundestag das Cannabis-Gesetz der Ampel-Regierung verabschiedet werden. Wenn die Abstimmung über den Vorschlag zur Cannabis-Legalisierung erfolgt, soll aus der Sicht der Senioren-Union eine namentliche Abstimmung stattfinden. „Es muss deutlich werden, welcher Abgeordnete sich für den erleichterten Drogenkonsum ausspricht und welche Abgeordneten ihrem Gewissen folgen und Schaden vom deutschen Volk abwehren, indem sie dieses Vorhaben verhindern“, fasst SEN-Landesvorsitzender Franz Meyer zusammen. „Die Fakten zeigen sowohl die akute Gesundheitsgefährdung als auch die langfristigen Schäden durch den Genuss von Cannabis. Es muss durch die namentliche Abstimmung deutlich werden, wer ideologiegetrieben trotzdem dem Cannabis-Gesetz zustimmt.“

Ende